

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Anwesende

Herr Frank Bandel
 Frau Silke Wilts
 Frau Karin Dubbert
 Herr Eugen Lenz
 Herr Bürgermeister Werner Nakot
 Frau Kirsten Bohnes
 Herr Jürgen Bunk
 Herr Hermann Wischermann
 Herr Helmut Brodrick
 Herr Thorsten Kamps
 Herr Ulrich Real
 Herr Bülent Sahin
 Herr Axel Scherer
 Herr Sven Pascheberg
 Herr Tim Dobnik
 Herr Tim Heinzen
 Herr Ralf Schindelasch
 Herr Uwe Lindackers
 Frau Andrea Maria Küsters
 Herr Marc Hoff
 Frau Maria Krysinska-Grothe
 Herr Guido Horn

Abwesende

Herr Denis Osmann
 Herr Andreas Völker
 Herr Michael Hake
 Herr Roman Müller-Böhm
 Herr Yakup Sunar
 Herr Jörg Hofmann

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Verwaltung/Gäste

Herr Dr. Thomas Palotz
 Herr Ralf Güldenzopf
 Frau Ricarda Mauksch
 Herr Sebastian Sender
 Herr Sven Laakmann
 Frau Sophia Jagusch
 Frau Jennifer Ilg
 Frau Dana Engler
 Herr Sebastian Specht
 Frau Stefanie Schadt
 Herr Tobias Henrix
 Herr Dennis Lotz
 Herr Martin Schulze
 Herr Jochen Sander
 Frau Parisa Rostani
 Frau Nadine Gewehr

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

- 1 Formelle Feststellungen und Hinweise

- 2 Berichterstattung über wesentliche städtebauliche und stadtpolitisch wichtige Planungen

- 3 Bauleitplanung
 - 3.1 Gemeinsamer Flächennutzungsplan (GFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr:

 Feststellungsbeschluss einschließlich Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung für das Änderungsverfahren
 46 E -Bottroper Straße/Hilgerstraße (Thurmfeld)- in Essen
 Vorlage: B/17/4017-01

 - 3.2 Gemeinsamer Flächennutzungsplan (GFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr:

 Feststellungsbeschluss einschließlich Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung für das Änderungsverfahren
 53 GE -Gewerbepark Schalke-Nord- in Gelsenkirchen
 Vorlage: B/17/4018-01

 - 3.3 Gemeinsamer Flächennutzungsplan (GFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr:

 Beteiligungsbeschluss für das Änderungsverfahren 55 BO -Dietrich-Benking-Straße Ost- in Bochum
 Vorlage: B/17/4019-01

 - 3.4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 28
 - Brammenring (Möbel- und Einrichtungshaus) -
 Entscheidung über die abwägungsrelevanten Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
 Vorlage: B/17/4098-01

Stadt	23.11.2023	Stadtplanungs- und Mobilitäts-
	15:00 Uhr	ausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

- 4 Straßen- und Wegekonzept 2024 – 2028, Straßenbauprogramm 2024, Kanalbauprogramm 2024, Beauftragung der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, Beleuchtungsprogramm 2024 und Umsetzung Lärmaktionsplan 2024
Vorlage: B/17/4099-01
- 5 Durchführungsbeschluss einer Kanalsanierungsmaßnahme Wittekindstraße von Wag-halsstraße bis Osterfelder Straße
Vorlage: B/17/3983-01
- 6 Grundsatzentscheidung zur Durchführung der Planungen und der notwendigen Verfah-ren für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 105 von Essen nach Oberhausen.
Vorlage: B/17/3858-01
- 7 „Regionales Aktionsprogramm zur Verbesserung des interkommunalen ÖPNV in der Metropole Ruhr - Mobilitätsimpuls.RUHR 2023“
Vorlage: B/17/4175-01
- 8 Bürgerbeteiligung in Oberhausen: Vorhabenliste Dezember 2023
Vorlage: B/17/4134-01
- 9 Berichte der Verwaltung
- 9.1 Übergang des regionalen Flächennutzungsplans der Plangemeinschaft der Städte Bo-chum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen zum ge-meinsamen Flächennutzungsplan
Vorlage: M/17/4152-01
- 9.2 Neufassung Förderrichtlinie Städtebauförderung NRW 2023
Vorlage: M/17/4203-01
- 10 Antragstellungen im Rahmen des Bundesförderprogramms „Anpassung urbaner Räu-me an den Klimawandel“ für den Ruhrpark und den Friedensplatz
Vorlage: M/17/4058-01
- 11 Markierung eines durchgehenden Fahrradschutzstreifens auf dem Höhenweg, Hirsch-kampstraße und Hünenbergstraße.
Vorlage: M/17/4142-01

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

12 Anträge

12.1 Antrag der CDU-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt –
Sachstandsbericht Verbesserung der Radwege am Rhein-Herne-Kanal
Vorlage: A/17/4070-01

12.2 Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsord-
nung für den Rat der Stadt - Rückbau Flüchtlingsunterkunft Weierstraße
Vorlage: A/17/4223-01

13 Antrag der SPD-Fraktion und der FDP im Rat gem. § 2 der Geschäftsordnung für den
Rat der Stadt: ÖPNV Anbindung Stadion Niederrhein
Vorlage: A/17/4208-01

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Formelle Feststellungen und Hinweise

Der Vorsitzende **Herr Bandel** eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, Vertreter/innen der Verwaltung, sowie Gäste.

Herr Bandel stellt fest, dass die Tagesordnung und Nachtragstagesordnung form- und fristgerecht zugegangen sind.

Für die heutige Sitzung hat sich **Herr Völker** entschuldigt (Vertretung **Herr Nakot**). **Herr Osmann** ist entschuldigt (Vertretung **Frau Dubbert**). **Herr Hofmann** und **Herr Müller-Böhm** sind entschuldigt (Vertretung **Herr Hoff**). Außerdem vertritt **Frau Küsters Herrn Hake**.

Herr Bandel fragt nach, ob sachkundige Bürger/innen ein Ratsmitglied vertreten. Das ist nicht der Fall.

Herr Bandel fragt nach, ob es Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung am 26.10.2023 gibt.

Frau Grothe bittet darum, die Einwendungen zum Protokoll vom 07.09.2023 ebenfalls dort nachzutragen.

Herr Bandel erläutert, dass Ergänzungswünsche dem nächsten Protokoll beigelegt werden können, da die Niederschrift nachträglich nicht mehr geändert werden kann.

Frau Grothe bittet die Ergänzungen als zusätzliche Datei im ALLRIS einzustellen.

Herr Bandel nimmt dies zur Kenntnis.

Herr Schindelasch merkt an, dass er Einwendungen zum TOP I 4.1 hat.

Den Bebauungsplan 611 wollte er nicht aufgrund rechtlicher Unsicherheiten in der Bezirksvertretung Osterfeld behandelt sehen, sondern aufgrund dessen, dass 90-95% vom Geltungsbereich des Bebauungsplans in Osterfeld liegen. Die Beschlussvorlage wurde allerdings nur für die Sitzungen der Bezirksvertretung Sterkrade vorgesehen. Bezüglich der „Unsicherheiten“ bezog sich seine Frage darauf, wie schnell ein neuer Aufstellungsbeschluss kommen könnte, wenn ein Investor nach §34 BauGB bauen möchte, das Projekt von der Stadt aber nicht gewünscht sei.

Herr Wischermann weist daraufhin, dass bei den Ausführungen des Bebauungsplans 680a - Vestische Straße/Winkelstraße - im Protokoll nur vom Discounter Netto gesprochen wird, gemeint ist allerdings der ehemalige Netto.

Abschließend stellt **Herr Bandel** die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

2. Berichterstattung über wesentliche städtebauliche und stadtpolitisch wichtige Planungen

Herr Sender stellt die wegweisende Beschilderung für den Schwerlastverkehr zu den Gewerbegebieten Weierheide und Waldteich anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Nakot lobt, dass die Anregungen der Anwohner/innen der Weißensteinstraße aufgenommen wurden. Er betont, dass viele Fahrzeuge aufgrund weniger Ortskenntnisse durch die Gegend irren. Wichtig wäre, dass man mit den Herstellern der Fahrzeuge in Kontakt tritt, da die meisten Fahrzeuge heutzutage mit Navigationssystemen versehen sind, damit die Änderungen ebenfalls in den Systemen angezeigt werden. Gibt es diese Möglichkeiten?

Herr Sender gibt an, dass die Stadtverwaltung nicht den größten Einfluss auf die Hersteller haben wird.

Herr Sender weist auf den Anbieter Google Maps hin, da viele Personen diesen nutzen, kann man durch eine erfolgreiche Kontaktaufnahme einen möglichen hohen Kostenaufwand minimieren. Zudem hat der Anbieter selbst den Anspruch, immer auf dem neusten Stand zu sein.

Herr Dobnik fragt, ob Unternehmen beteiligt werden, wenn neuere ggf. teurere Schilder angeschafft werden müssen. Gibt es dafür eine Regelung?

Herr Sender erläutert, dass es dazu keine Regelung gibt.

Frau Grothe fragt nach, wie hoch die Kosten für ein solch großes Schild sind. Was passiert, wenn eine Firma, welche auf diesem Schild steht, beispielsweise ihren Sitz ändert?

Herr Sender weist darauf hin, dass es bei der Led-Matrix möglich ist, den Namen der Firma schnellstmöglich zu löschen bzw. zu ändern, was einen enormen Vorteil gegenüber einem üblichen Vorwegweiser hat.

Herr Hoff fragt nach, ob sich die Inhalte des Schildes regelmäßig ändern, oder immer dasselbe angezeigt wird? Wieso benötigt man ein solches LED-Schild, wenn ein festes Verkehrsschild bei gleichem Inhalt denselben Zweck erfüllt?

Herr Sender erläutert, dass sich die Kosten eines Vorwegweisers auf ca. 5.000 bis 6.000€, mit Einbetonierung, Setzen des Mastes und Produktion des Schildes belaufen.

Herr Real fragt, ob die Verwaltung die entsprechenden Anwohner/innen, welche sich beschwert haben, über diese Maßnahme informiert? Er fände es sehr positiv, wenn die Verwaltung auf die entsprechenden Beschwerden antwortet und mitteilt, dass die Anregungen zur Kenntnis genommen und verwirklicht werden.

Herr Wischermann fragt, ob eine zusätzliche LED-Matrix aufgestellt wird - oder ob eine bereits installierte Matrix versetzt wird?

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Sender gibt an, dass dies nur zur Visualisierung in der Präsentation und zu Testzwecken dargestellt wurde.

Herr Horn fragt, wie hoch die Kosten sein werden, auch wenn es in diesem Fall um subventionierte Gelder geht?

Frau Mauksch erläutert, dass es sich nicht um Zusatzkosten, sondern um Fördermittel für mehrere Verkehrswegetafeln, welche im Stadtgebiet weitestgehend verbaut und eingesetzt wurden, handelt. Dies sei ein Bundesförderprogramm gewesen.

Ein bis zwei Standorte konnten nicht realisiert werden, da dort die Zustimmung eines übergeordneten Bauleitträgers nötig gewesen wäre, zum Beispiel auf Autobahnen oder Anschlussstellen. Diese Verkehrstafeln sollen in Abstimmung mit dem Fördergeber an anderen Standorten verbaut werden.

Frau Mauksch geht auf die Frage von **Herrn Hoff** ein und gibt an, dass die LED-Matrix den Vorteil hat, zusätzliche Verkehrsinformationen zu beinhalten.

Herr Horn fragt noch einmal, was für Steuergelder ausgegeben werden? Es werden wahrscheinlich Kosten genutzt, welche für andere, wichtigere Dinge eingesetzt werden könnten. Er erwähnt, dass man ein normales Verkehrsschild einsetzen könne und bittet um eine Kostenkalkulation.

Herr Nakot weist daraufhin, dass es sich um eine effektive Maßnahme handle, da diese die Bürger/innen entlasten soll, indem die Weißensteinstraße nicht mehr von so vielen Fahrzeugen befahren wird. Dementsprechend hat der Steuerzahler etwas davon.

Herr Real betont, dass es ebenso um die Gesundheit derjenigen geht, die in diesem Gebiet wohnen. Er schätzt die Gesundheitskosten viel höher ein, als die Kosten für eine Maßnahme zur Gesundheitsförderung.

Herr Hoff fragt weiter, ob ein statisches Verkehrsschild nicht effizienter und günstiger wäre?

Herr Bandel merkt an, dass die LED-Matrix eine deutlich stärkere Hinweiskraft habe.

Frau Mauksch betont, dass die Fördergelder zurückgezahlt werden müssen, wenn diese Chance nicht genutzt wird. Es sind keine Zusatzkosten für die Stadt, sondern Kosten, die die Verwaltung erstattet bekommt. Die Quote liegt bei ca. 95% der Förderung über das gesamte Stadtgebiet.

Da es nicht möglich ist, dieses LED-Schild auf Autobahnen aufzustellen, kann dieses, in Absprache mit dem Bundesfördergeber, an anderer Stelle genutzt werden. Es gibt keine zusätzliche finanzielle Belastung seitens der Stadtverwaltung.

Herr Bandel fragt, ob es möglich ist, auf die Hersteller der Karten für Navigationssysteme zuzugehen, da es sich nur um drei bis vier Hersteller für LKW-Navigationssysteme handle.

Frau Mauksch gibt an, dass es Navigationssysteme für LKW von der Wirtschaftsförderung und LVR gibt, welche die Kommunen pflegen können, was bislang auch regelmäßig getan wurde. Allerdings sind nicht alle Kartenhersteller mit diesem System ange-

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

schlossen, man kann also alles nur begrenzt eintragen.

Frau Mauksch betont, dass man mit diesen Herstellern zusammenarbeiten könnte, allerdings kann sie nichts versichern.

3. Bauleitplanung

3.1. Gemeinsamer Flächennutzungsplan (GFNP) der Planungsgemeinschaft Städ- teregion Ruhr:

Feststellungsbeschluss einschließlich Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung für das Änderungsverfahren

46 E -Bottroper Straße/Hilgerstraße (Thurmfeld)- in Essen

Vorlage: B/17/4017-01

*Der Ausschuss berät die Drucksache B/17/4017-01 bei Enthaltung der Linke.Liste
Fraktion mehrheitlich zustimmend vor.*

3.2. Gemeinsamer Flächennutzungsplan (GFNP) der Planungsgemeinschaft Städ- teregion Ruhr:

Feststellungsbeschluss einschließlich Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung für das Änderungsverfahren

53 GE -Gewerbepark Schalke-Nord- in Gelsenkirchen

Vorlage: B/17/4018-01

*Der Ausschuss berät die Drucksache B/17/4018-01 bei Enthaltung der Linke.Liste
Fraktion mehrheitlich zustimmend vor.*

3.3. Gemeinsamer Flächennutzungsplan (GFNP) der Planungsgemeinschaft Städ- teregion Ruhr:

**Beteiligungsbeschluss für das Änderungsverfahren 55 BO -Dietrich-Benking-
Straße Ost- in Bochum**

Vorlage: B/17/4019-01

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Frau Grothe merkt an, dass keine öffentliche Beteiligung geplant sei, obwohl die Fläche am Rande eines bereits bebauten Gebiets liegt. Sie fände es gut, wenn nicht ohne die Bürger/innen entschieden wird.

Herr Bandel weist darauf hin, dass die Ausschussmitglieder mitberaten, die Federführung liegt allerdings in der jeweiligen Kommune.

Frau Grothe erklärt, dass sich die Anwohner/innen mit Anregungen bezüglich des Gemeinsamen Flächennutzungsplans bei der Kommune melden sollten. Sie ist der Meinung, dass man gemeinschaftlich über den Flächennutzungsplan abstimmen sollte.

Herr Bandel stimmt **Frau Grothe** zu und erklärt, dass besondere Umstände in einer Kommune unbekannt sind, allerdings könnte man an Sitzungen zum GFNP teilnehmen. Man hat kein Rederecht, ist allerdings deutlich besser informiert.

Der Stadtplanungs- und Mobilitätsausschuss fasst bei Enthaltung der Fraktion die Grünen und der Linke. Liste Fraktion, folgenden Beschluss:

1. *Der Stadtplanungs- und Mobilitätsausschuss der Stadt Oberhausen nimmt die Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Anregungen und diesbezügliche Stellungnahmen der Verwaltung) zur Kenntnis.*
2. *Der Stadtplanungs- und Mobilitätsausschuss der Stadt Oberhausen beschließt die Veröffentlichung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB auf Grundlage des vorliegenden Planentwurfs für das Änderungsverfahren zum GFNP 55 BO -Dietrich-Benking-Straße Ost-*

3.4. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 28 - Brammenring (Möbel- und Einrichtungshaus) - Entscheidung über die abwägungsrelevanten Stellungnahmen und Satzungs- beschluss Vorlage: B/17/4098-01**

Herr Real bezieht sich auf die Einwände der Städte Bottrop und Essen, die diese im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens vorgetragen haben, wonach die zentrenrelevanten Sortimente zu umfangreich seien.

Er merkt an, dass jede weitere Ansiedlung in der Neuen Mitte dazu führen könnte, dass gerade zu den Spitzenzeiten verkehrlicher Stillstand an Kreuzungen herrscht.

Herr Real fragt, wie mit den Anmerkungen der beiden angrenzenden Städte umgegangen wird? Hat dies möglicherweise zur Folge, dass es wieder zu einem Klageverfahren führt? Wie wird auf Dauer mit weiteren zunehmenden Verkehren umgegangen?

Sind die Ausgleichsmaßnahmen der Kreuzkröte auch im Masterplan Neue Mitte berücksichtigt?

Frau Küsters merkt an, dass in der Ratssitzung am 13.11.2023 gesagt wurde, dass

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

eine weitere Planung von Schuhkarton ähnlichen Gebäuden nicht der Fall sei. Nun wird ein Gebäude mit 15.700qm und einer Höhe von 21 Metern geplant. Sie ist der Meinung, dass ein solcher Bau nicht zu der geplanten Wohnsiedlung passt. Was ist das für eine Vision?

Herr Nakot erwähnt, dass sich die Fraktion der Vorlage anschließen kann. Er merkt an, dass sich die Verwaltung sehr intensiv mit den Stellungnahmen der umliegenden Kommunen beschäftigt hat.

Herr Nakot äußert, dass er sehr zuversichtlich ist.

Herr Dobnik sieht es als sehr kritisch, wie mit den knappen Freiflächen-Ressourcen umgegangen wird, da auch 500 Parkplätze ebenerdig gebaut werden. Er merkt an, dass die 20 Fahrradparkplätze keine positive Auswirkung auf den Klimacheck haben werden.

Herr Dobnik äußert den Wunsch, dass der Klimacheck kritischer durchgeführt wird. Die geplanten Bäume auf den Parkplätzen seien sinnvoll, allerdings wird dadurch keine Versiegelung komplett aufgehoben. Er wünscht sich eine ehrliche Kommunikation bezüglich des Klimachecks.

Er merkt an, dass der Bau als kritisch angesehen wird. **Herr Dobnik** bezieht sich ebenfalls auf den Masterplan Neue Mitte und äußert die Vorstellung, dass man bei Verlassen des Wohngebiets auf eine schwarze Mauer zufahren würde. Eine Fassadenbegrünung hätte mit Sicherheit eine sehr positive Auswirkung auf das dort entstehende Wohngebiet.

Herr Dobnik merkt an, dass in einer Stellungnahme der Bundesautobahngesellschaft darauf hingewiesen wird, dass es sinnvoll sei eine mikroskopische Verkehrsuntersuchung durchzuführen. Was genau ist das? Wie geht man damit um? Wie lang dauert sowas?

Außerdem war ein Hinweis der anliegenden Kommunen, dass der GFNP angepasst werden müsste. Wie ist dazu die rechtliche Einschätzung der Verwaltung?

Herr Laakmann stellt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 28 anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Zu den Fragen von Herrn Real führt Herr Laakmann aus, dass die innerhalb des Bauleitplanverfahrens vorgetragenen Einwendungen der Nachbargemeinden sachgerecht abgewogen und die Abwägungsergebnisse in den der Vorlage beigelegten Abwägungstabellen ausführlich schriftlich dargelegt wurden. Hinsichtlich der im Rahmen des Vorhabens geplanten zentrenrelevanten Sortimenten handelt es sich um eine 1:1 Verlagerung innerhalb des Oberhausener Stadtgebietes, so dass es durch die Planung zu keiner Ausweitung zentrenrelevanter Sortimente außerhalb zentraler Versorgungsbereiche in Oberhausen kommt. Die verkehrlichen Auswirkungen der Planung wurden innerhalb eines planungsbegleitenden Verkehrsgutachtens untersucht. Im Ergebnis werden durch das Planvorhaben direkt keine weitergehenden verkehrlichen Anpassungsmaßnahmen an bestehenden Knotenpunkten bedingt. Inwieweit Nachbarstädte möglicherweise auch gegen vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 28 Rechtsbehelfsverfahren anstrengen, kann von der Verwaltung nicht beantwortet werden.

Zu der Anmerkung von Frau Küsters führt Herr Laakmann aus, dass die Planungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 28 sowohl innerhalb der Fortschreibung des Masterplans Neue Mitte als auch innerhalb der Rahmenplanung für das Gelände des ehemaligen Stahlwerks Ost sowie für den Bereich Werkstraße / Ripshorster Straße be-

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

rücksichtigt wurden. Darüber hinaus entspricht das Planvorhaben auch den Ansiedlungs- und Steuerungsleitsätzen des aktuellen Oberhausener Einzelhandelskonzeptes.

Zu den Anmerkungen von Herrn Dobnik führt Herr Laakmann aus, dass die Stellplatzanforderlichkeiten des Vorhabens dahingehend optimiert werden konnten, dass ein Bereich der Stellplatzfläche durch Photovoltaik-Nutzungen überdacht wird. Zudem sind Stellplatzflächen für Fahrräder und Lastenräder vorgesehen. Hinsichtlich der Fassadengestaltung soll im nachgelagerten Baugenehmigungsverfahren verwaltungsseitig mit dem Vorhabenträger verhandelt werden, dass mindestens für die östliche Fassadenseite des Vorhabens eine Fassadenbegrünung realisiert wird. Hinsichtlich der Nachfrage zur „mikroskopischen Verkehrsuntersuchung“ erläutert Frau Mauksch die damit verbundenen Anforderungen und wie diese innerhalb des planungsbegleitenden Verkehrsgutachtens berücksichtigt wurden. Herr Laakmann ergänzt, dass sowohl in der Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan als auch in den jeweiligen Abwägungsvorschlägen ausführlich dargelegt wurde, warum der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 28 i.S.v. § 8 Abs. 2 BauGB als aus dem GFNP entwickelt angesehen werden kann.

Frau Grothe berichtet über eine problematische Verkehrsqualität auf der Autobahn A42. Es bildet sich eine sehr lange Schlange von Fahrzeugen, was zu einer unübersichtlichen Straße führt. Wie lässt sich dieses Problem lösen? Es seien für die Fläche des XXXLutz Neubaus keine juristischen Probleme zu erwarten, allerdings haben alle umliegenden Städte Einwendungen.

Frau Mauksch erklärt, dass mit einer mikroskopischen Verkehrsplanung eine Verkehrsmodellberechnung gemeint ist. Dies ist eine Methodik im Rahmen von Verkehrsgutachten, um Verdichtungen zu prüfen, indem der Verkehr hochgerechnet wird, um die Leistungsfähigkeit an Knotenpunkten einschätzen zu können.

Herr Dobnik fragt, ob die Verkehrsuntersuchung bereits ausgeführt wurde.

Frau Mauksch gibt an, dass die Untersuchung bereits stattgefunden hat und in die Erkenntnisse in die Erstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 28 eingeflossen sind.

Der Ausschuss berät die Drucksache B/17/4098-01 gegen die Stimme der Linken, Liste Fraktion und bei Enthaltung der Gruppe BOB im Rat mehrheitlich zustimmend vor.

4. Straßen- und Wegekonzzept 2024 – 2028, Straßenbauprogramm 2024, Kanalbauprogramm 2024, Beauftragung der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, Beleuchtungsprogramm 2024 und Umsetzung Lärmaktionsplan 2024 Vorlage: B/17/4099-01

Herr Real merkt an, dass die Vorlage eher in den Bezirksvertretungen beraten werden sollte, damit die einzelnen Bezirksvertretungen Fragen stellen können. Ihm erscheint Anlage 1b unlogisch, da die Umsetzung und der Durchführungsbeschluss des nächsten TOP 2023 erfolgen soll. Der Ausschuss soll beschließen, obwohl schon

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

vor einigen Jahren in einem Straßenbauprogramm beschlossen worden ist?

Frau Mauksch erklärt, dass das Vorgehen aufgrund von Budget- und Beauftragungsgründe notwendig sei.

Herr Schindelasch äußert, dass die Zuordnung vieler Stadtbezirke nicht stimmt. Er bittet um Änderung bis zu den Sitzungen der Bezirksvertretungen.

Aus dem Stadtbezirk würde ihm zugetragen, dass die Straße am St. Jakobus in einem guten Zustand sei, nun soll sie doch erneuert werden. Dabei soll überprüft werden, ob nicht eine verkehrsberuhigte Straße sinnvoll wäre. Außerdem bittet er darum, dass die Datei als Exceltabelle zugestellt wird, um die Einsicht zu erleichtern.

Herr Nakot sieht es als sehr enorm, welche Investitionen die Stadt Oberhausen umsetzen kann. Er hofft, dass die einzelnen Straßen erfasst und die Planungen verwirklicht werden können.

Frau Mauksch bezieht sich auf die Straße am St. Jakobus. Diese Straße kommt aus dem Kanalbauprogramm. Es gibt nun die Möglichkeit die Straße zu erneuern, da auch der Kanalbau erfolgen muss.

Frau Grothe bekräftigt den Wunsch von Herrn Schindelasch, die Tabellen in Excel-Form zur Verfügung zu stellen, da unterschiedliche Kriterien eine Rolle spielen.

Sie entnimmt der Vorlage, dass es sich in Sterkrade um 180, in Osterfeld um 44 und in Alt-Oberhausen um maximal 90 Bauvorhaben handelt. Warum sind das so große Unterschiede?

Frau Mauksch erklärt, dass die Listen aufgrund der Kanalunterhaltung entstehen und nicht neu seien, sondern sich teilweise Maßnahmen aus Lärmschutzgründen verschieben.

Herr Wischermann gibt an, dass Straßen die in der Liste für den Bezirk Osterfeld aufgeführt sind, gar nicht in Osterfeld seien. Dabei handelt es sich unter anderem um die Nummern 421-Brammenring, 423-Düsselbach und 501-Lindnerstraße (Kleine Emscher).

Herr Schindelasch betont, dass vor zwei Jahren erklärt wurde, dass die Straßen in einem guten Zustand seien. Er bittet nochmals, zu überprüfen, ob diese nun zu einem verkehrsberuhigten Bereich ausgebaut werden kann, da sich eine Schule nebenan befindet.

Zu **Herrn Wischermanns** Anmerkung fügt er hinzu, dass die Straßen Bergstraße, Hartkortsstraße und Westerwaldstraße ebenfalls einem falschen Bezirk zugeordnet wurden.

Herr Dobnik meldet Beratungsbedarf an.

Der Ausschuss berät die Drucksache B/17/4099-01 ohne Votum vor.

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

**5. Durchführungsbeschluss einer Kanalsanierungsmaßnahme Wittekindstraße von Waghalsstraße bis Osterfelder Straße
Vorlage: B/17/3983-01**

Herr Wischermann gibt an, dass es eine ähnliche Vorlage in der letzten Sitzung am 26.10.2023 gab, dabei handelte es sich um die Friedensstraße. In Zeile 83-84 wird die Förderfähigkeit durch KAG-Beiträge erläutert. Er ist der Meinung, dass diese Förderfähigkeit auch für diese Vorlage gelten müsste.

Herr Dr. Palotz erklärt, dass die Förderfähigkeit durch KAG-Beiträge in der Vorlage vergessen wurde, diese aber auch hier greift.

Herr Real fragt, ob es sich hierbei um eine Straßenbaumaßnahme handelt? Einem Zeitungsartikel sei zu entnehmen, dass es sich nur um eine Kanalsanierung handelt, da es an der Oberfläche der Straße keine Veränderungen gibt. Demnach geht es nur um eine Kanalsanierungsmaßnahme, obwohl im Beschlussvorschlag der Vorlage angegeben wird, dass es sich um eine Straßen- und Kanalsanierungsmaßnahme handeln soll.

Frau Mauksch erläutert, dass nur eine Kanalsanierung durchgeführt wird.

Das Wort Straßenbaumaßnahme soll laut **Herrn Real** in der Vorlage gestrichen werden.

Frau Grothe bezieht sich auf Zeile 47 bis 52 der Vorlage. Welche alternativen Beteiligungsverfahren sind gemeint?

Frau Mauksch erklärt, dass es die Möglichkeit einer Anliegerversammlung gäbe, oder man die Eigentümer/innen anschreiben könnte und diese Stellung nehmen können.

Der Stadtplanungs- und Mobilitätsausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Stadtplanungs- und Mobilitätsausschuss beschließt die Durchführung der Kanal-/ Straßenbaumaßnahme Wittekindstraße von Waghalsstraße bis Osterfelder Straße

Haushaltsmittel stehen bei der

*Finanzstelle 560011030100000 - Kanalbauprogramm -
Finanzposition 785230 - AiB Tiefbaumaßnahmen WBO -*

in Höhe von 61.855,78 € EUR brutto zur Verfügung.

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

**6. Grundsatzentscheidung zur Durchführung der Planungen und der notwendigen Verfahren für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 105 von Essen nach Oberhausen.
Vorlage: B/17/3858-01**

Herr Dr. Palotz stellt die aktuelle Planung anhand einer Präsentation dar.

Herr Real gibt an, dass die Vorlage und die Kostendarstellung den Zielen, welche mit der Straßenbahnlinie 105 verbunden werden, nicht gerecht werden.

Die Linie 105 sei lokal und regional notwendig, um andere Verkehrsmöglichkeiten hinsichtlich des Arbeitsweges bieten zu können. Die Linie 105 soll dazu führen, dass die Städte Oberhausen, Essen und Mülheim an der Ruhr verbunden werden.

Er entnimmt der Vorlage, dass das Vorhaben 100 bis 120 Million Euro kosten soll. Diese Angabe sei so nicht korrekt, da zu den 120 Million Euro die Planungskosten dazugerechnet werden müssen, welche sich auf 12 Million Euro belaufen. Da 2% davon gefördert werden, liegen die Gesamtkosten der Planung bei 129,6 Million Euro.

Außerdem seien die bestehenden Aufwendungen, welche auf die STOAG zukommen, ebenfalls nicht korrekt. Es wird von 12 Million Euro gesprochen, tatsächlich handelt es sich um 22 Million Euro.

Er äußert, dass er nicht noch einmal erleben möchte, dass der Politik in der Presse vorgeworfen wird, sie hätten bei hohen Investitionskosten nicht richtig aufgepasst.

Herr Real rät der Verwaltung, die Vorlage zurückzuziehen und eine nachvollziehbare Kostenrechnung vorzulegen.

Herr Nakot bittet um eine konkrete Ausführung seitens des Urhebers STOAG.

Die Bürger/innen haben vor 8 Jahren entschieden, dass die Linie 105 nicht weiter entwickelt werden soll, allerdings hat sich innerhalb der Jahre ein belebteres Gelände entwickelt und man soll auf den Klimawandel achten. Insbesondere Familien mit Kindern seien auf Radwege und den ÖPNV angewiesen.

Herr Dobnik ist erfreut, dass erwähnt wurde, dass die Linie 105 bereits 2015 rege genutzt worden wäre.

Man muss weiterhin an die Umwelteinflüsse des Bauprojektes denken. Da eine Versie gelung stattfinden wird, wäre es von Vorteil, sich mit den Kooperationspartnern abzusprechen und umweltfreundlichere Baustoffe einzusetzen.

Die Vorlage soll ergänzt und konkrete Gesamtkosten aufgeführt werden.

Herr Bandel merkt an, dass die Errichtung der Straßenbahnlinie 2015 nicht möglich gewesen wäre, da diese nur durch ein leeres Industriegebiet gefahren wäre. Erst jetzt ist die Errichtung sinnvoll, da sich das Industriegebiet auch zu einem lebhaften Wohngebiet entwickelt hat und die STOAG damals an die Wirtschaftlichkeit denken musste.

Frau Grothe berichtet, dass sie 2015 zu den Bürger/innen gehörte, welche sich gegen das Projekt ausgesprochen habe. Sie habe damals dagegen gestimmt, allerdings nicht, weil sie etwas gegen den Straßenbahnverkehr hat, sondern weil die Kosten schätzung seitens Oberhausen damals bei 20 Million Euro lagen. Die Kosten sind weiterhin ein sehr großes Problem. Sie berichtet von Anwohner/innen, welche sich fragen, weshalb die Straßenbahn und nicht flexible, ökologische Elektrobusse eingesetzt werden?

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Die nördlichen Stadtteile werden profitieren, da diese schnell mit der Straßenbahn erreichbar sein, die südlichen Stadtteile (Buschhausen, Alt-Oberhausen etc.) sind schwer bis gar nicht erreichbar.

Den größten Vorteil haben die Bürger/innen aus Essen, da diese schnell ins Centro gelangen.

Frau Grothe gibt an, dass das Centro keine öffentliche, sondern private Einrichtung ist. Es erschließt sie für sich nicht, wieso die Stadt Oberhausen 20 Million Euro aus der öffentlichen Kasse spendieren sollte, zumal die Stadt Oberhausen vor einer Notlage steht. Sie fragt, wie sich dies in den nächsten Jahren entwickelt und ob die Stadt Oberhausen überhaupt eine Chance habe?

Herr Bandel informiert Frau Grothe darüber, dass die Straßenbahnlinie auf der Trasse in die südliche und nördliche Richtung fährt und Student/innen somit in der Lage sind zur Universität nach Essen zu fahren.

Herr Hoff informiert **Frau Grothe**, dass es bei der Errichtung der Straßenbahnlinie 105 um die lückenlose Verbindung nach Essen geht.

Er gibt an, dass nicht nur die Grünen die Linie befürwortet haben, sondern ebenso die SPD und FDP. Er ist der Meinung, dass die Vorlage aktualisiert werden sollte.

Herr Hoff meldet aus diesem Grund Beratungsbedarf an.

Die leeren Straßenbahnwagons, die durch leeres Brammenringfeld gefahren wären, wurden in der Vergangenheit schon geprüft. Die Sinnhaftigkeit war damals schon positiv.

Herr Dr. Palotz merkt an, dass die Vorlage bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nachgebessert wird.

Er bittet **Frau Grothe** sich bei Fragen, wie sich die Stadt Oberhausen dies leisten kann, an einen Kämmerer zu wenden.

Frau Grothe stellt eine Frage aus der Bürgerschaft, welche sich fragen, ob es eine Streckenführung mit Straßennamen gibt?

Herr Dr. Palotz merkt an, dass dies nachgeschärft wird.

Der Ausschuss berät die Drucksache B/17/3858-01 ohne Votum vor.

7. „Regionales Aktionsprogramm zur Verbesserung des interkommunalen ÖPNV in der Metropole Ruhr - Mobilitätsimpuls.RUHR 2023“ Vorlage: B/17/4175-01

Herr Schindelasch merkt an, dass er die Verbesserung der Anbindung für Borbeck und den Landschaftspark Duisburg-Nord begrüßt. Derzeit liegt die Frequenz an Sonntagen bei 60 Minuten. Er bittet dies im Auge zu behalten, da der Landschaftspark einen Freizeitcharakter habe. In der Vorlage fällt auf, dass Essen-Borbeck erwähnt wurde, obwohl Oberhausen-Borbeck gemeint ist.

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Sander berichtet, dass die Taktung der Busfahrzeiten Teil der Gespräche mit der Stadt Duisburg und der DVG seien. Seitens der STOAG hakt es bei der Finanzierung, durch Tarifabschlüsse und Kostensteigerungen. Finanziell sei es schwierig den 60 Minuten Takt einzuhalten, daher ist nicht die Rede von einer Taktverdichtung.

Herr Sander sagt zu, dass man prüfen könne, ob die Finanzierung der Taktverdichtung über die Landesmittel möglich ist.

Frau Mauksch informiert über den Regionalverband RVR.

Der Regionalverband Ruhr ist ein Zusammenschluss der 11 kreisfreien Städte und vier Landkreise des Ruhrgebiets. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Recht auf Selbstverwaltung durch seine Organe. Der RVR übernimmt Funktionen der Bezirksregierung in Nordrhein-Westfalen, wie z.B. der gerade noch in Aufstellung befindliche Regionalplan. Die kreisfreien Städte und Landkreise in dem relativ „homogenen Ruhrgebietsraum“ gehören drei verschiedenen Bezirksregierungen an. Eine städteübergreifende Planung für Kommunen an der Bezirksregierungsgrenze war vor 1962 nur erschwert möglich.

Herr Nakot betont, dass die Umsetzung, gerade bei den Städteübergreifenden Linien dringend notwendig sei. Er findet das Aktionsprogramm gut und hofft weiterhin auf Finanzierung.

Frau Grothe erzählt von Bürgeraussagen, dass ein gemeinsamer Verkehrsverbund gegründet werden solle.

Der Ausschuss berät die Drucksache B/17/4175-01 einstimmig zustimmend vor.

8. Bürgerbeteiligung in Oberhausen: Vorhabenliste Dezember 2023 Vorlage: B/17/4134-01

Frau Grothe bedankt sich, da von 40 Projekten bei 17 Projekten eine Mitbestimmung geplant sei. Und diesmal nicht nur für Kindergärten und Sportplätze. Sie fragt, zu dem Vorhaben Nr. 21, in welcher Form dies vorgesehen ist?

Herr Bandel weist darauf hin, dass die Vorlage noch in einigen Gremien besprochen wird. Daher werden im Laufe der Zeit Fragen beantwortet.

Der Ausschuss berät die Drucksache B717/4134-01 einstimmig zustimmend vor.

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

9. Berichte der Verwaltung

9.1. Übergang des regionalen Flächennutzungsplans der Plangemeinschaft der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen zum gemeinsamen Flächennutzungsplan Vorlage: M/17/4152-01

Herr Specht präsentiert den Übergang des regionalen Flächennutzungsplans anhand einer Präsentation. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Frau Grothe fragt, ob die in der Vorlage aufgezählten Bereiche, zusätzliche Gremien sind. Es geht ihr um die Wirkung der Gremien. Gibt es Reste vom RFNP?

Herr Specht erklärt, dass die aufgeführten Gremien bereits für den RFNP bestanden haben und mit dem Übergang zum GFNP weitergeführt werden. Es würden keine zusätzlichen Gremien eingerichtet.

Frau Wilts fragt, ob die begrenzte Planungsgemeinschaft nun noch erforderlich ist? Wie verändert sich dies?

Herr Specht erläutert, dass der Vorteil der Planungsgemeinschaft ist, dass eine Abstimmung der Planung zwischen den Städten deutlich leichter erfolgen kann. Der Vorteil des RFNP auch die regionalplanerischen Aspekte mit abzustimmen würde aber durch den Übergang des RFNP zum GFNP entfallen.

Herr Bandel erklärt, dass es sich „nur noch“ um die Flächennutzungsplanung handelt und der gesamte Bereich deutlich kleiner wird. Dennoch bleiben die Gremien erhalten.

Herr Hoff berichtet, dass 2013 im Rat der Stadt bereits eine solche Vorlage beschlossen wurde, welche nun erst in Kraft getreten ist. In der damaligen Vorlage wurde angegeben, dass bei Inkrafttreten eine Beschlussvorlage notwendig ist. In der jetzigen Vorlage steht allerdings, dass ein weiterer Beschluss nicht notwendig sei.

Herr Specht verweist darauf, dass es sich um zwei verschiedene Beschlüsse handeln würde. Der Beschluss die Planungsgemeinschaft nach Ende des RFNP als Planungsgemeinschaft mit gemeinsamen FNP weiterzuführen wurde 2013 durch die Räte der beteiligten Städte getroffen. Der GFNP selber benötige hingegen keinen gesonderten Beschluss, es würde lediglich der regionalplanerische Teil entfallen und der GFNP im Rahmen der nächsten Änderung neu bekannt gemacht.

Frau Grothe fragt, ob es sich bei dem Übergang von RFNP zu GFNP um einen zeitlichen Mehraufwand handelt?

Herr Specht erklärt, dass durch den Wegfall der Regionalplanungskompetenz zwei weitere Verfahrensschritte notwendig würden. Beim RFNP wurde die Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung innerhalb der Planungsgemeinschaft abgestimmt. Mit Übergang des RFNP zum GFNP würde neben den Beteiligungsschritten nach Baugesetzbuch zur Änderung des GFNP auch die zweistufige landesplanerische

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

sche Anfrage nach Landesplanungsgesetz NRW notwendig werden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Neufassung Förderrichtlinie Städtebauförderung NRW 2023
Vorlage: M/17/4203-01

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

10. Antragstellungen im Rahmen des Bundesförderprogramms „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ für den Ruhrpark und den Friedensplatz
Vorlage: M/17/4058-01

Herr Nakot betont, dass es sich dabei um eine wichtige Maßnahme für Oberhausen handelt. Er hofft, dass die Förderung dafür ausreicht und das Klima verbessert wird.

Herr Real fragt, ob es das Klima- und Transformationskontingent noch gibt? Gab es eine Zusage, damit sich das Projekt realisieren lässt?

Herr Dr. Palotz antwortet, dass es derzeit keine Hinweise dazu gibt.

Herr Scherer weist darauf hin, dass sich bald mit dem Architekturwettbewerb beschäftigt wird. Wichtig ist, dass diese beiden Planungen miteinander kommuniziert werden.

Frau Grothe fragt, ob es nur bei einer Haushaltsnotlage gefördert bzw. anteilig gefördert wird?

Herr Dr. Palotz erläutert, dass die Förderquote von 85% nur für Kommunen gilt, die sich in einer Haushaltsnotlage befinden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

11. Markierung eines durchgehenden Fahrradschutzstreifens auf dem Höhenweg, Hirschkampstraße und Hünenbergstraße.
Vorlage: M/17/4142-01

Herr Dobnik betont, dass er die Planung positiv findet. Es sei eine lange und schwierige Planung, einen durchgehenden Radweg in Königshardt zu planen. Er merkt an, dass es positiv wäre, wenn Hochboard Radwege zurückgebaut werden.

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Real fragt, wieso die Deckschicht an einer Straße nicht erneuert wird? Außerdem fragt er, wieso die Fahrradspur am Kreisverkehr in Königshardt im Bereich der Haltestelle aufhört? Wieso kann man die Fahrradspur nicht an der Haltestelle vorbeiführen?

Frau Mauksch erklärt, dass im Bereich des Höhenweges bereits teilweise eine Deckschicht Erneuerung durchgeführt wurde. Im Jahr 2012 wurde bereits eine Bindeschicht erneuert, da der Verschleiß hoch sei und die Straße dadurch tiefer ist. Aus Markierungs- und Sicherheitsvorschriften kann der Radweg nicht durchmarkiert werden.

Herr Brodrick macht auf die Kirchhellener Straße aufmerksam. Es führt zu Konflikten zwischen Rad- und Autofahrern.

Herr Lenz macht darauf aufmerksam, dass vor der Sparkasse auf der Hürthstraße die Markierung durchgezogen ist.

Herr Schindelasch erzählt, dass er auf der Teutoburgerstraße beobachtete, dass dies für Verwirrung sorgt und hofft, dass es durch den Rückbau deutlich klarer wird.

Frau Mauksch wendet sich an **Herrn Lenz** und erläutert, dass technische Regelwerke aus der Fahrradmarkierung übernommen sind.

Frau Mauksch gibt nach der Sitzung zu Protokoll, dass eine Überprüfung ergeben hat, dass die Busbuchten am Höhenweg in weiten Teilen, wenngleich nicht über die gesamte Länge, der Breitenanforderung für eine durchgehende Markierung der Schutzstreifen entsprechen. An dieser Stelle kann die Verwaltung dem politischen Wunsch somit folgen und setzt eine Markierung der Schutzstreifen im Bereich der Busbuchten um.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

12. Anträge

12.1. Antrag der CDU-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt – Sachstandsbericht Verbesserung der Radwege am Rhein-Herne-Kanal Vorlage: A/17/4070-01

Herr Nakot erwähnt, dass der Antrag vor 2 ½ Jahren im Rat der Stadt war. Man könne 6,1 km der Strecke zeitnah umsetzen, da es einen Förderbescheid gibt. Danach hat sich zwei Jahre nichts mehr getan. Es besteht weiterhin der feste Wille, die Radwege bei jedem Wetter nutzen zu können.

Frau Mauksch erklärt, dass im Jahr 2021 das letzte Mal über den Stand berichtet wurde. Im Nachgang habe die Emscher Genossenschaft mitgeteilt, dass sie die Sanierung der Deiche vorzieht und den Betriebsweg des Rhein-Herne-Kanals in Anspruch nehmen muss. Derzeit ist keine Sanierung der Radwege möglich. Die Antragstellung wäre nun nicht schlüssig. Es ist eine bauliche Realisierung von April 2025 bis Oktober 2027 geplant. Die

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Betriebswege werden von der Genossenschaft gebraucht.

Herr Nakot kann dies nicht nachvollziehen. Die Verwaltung hat sicherlich die Möglichkeit, dass die Genossenschaft eigene Bereiche in Anspruch nehmen soll.

Frau Wilts merkt an, dass der Emscher Genossenschaft rechtliche Grundlagen unterliegen. Deichsanierung bedeutet Hochwasserschutz, weshalb dies stark rechtlich reglementiert ist. Das Radwegemanagement ist sehr betrübt, dass durch die Deichsarnierung der Radwegeausbau betroffen ist.

Herr Nakot schlägt vor eine Fachkraft einzuladen, die Fragen beantworten könnte.

Herr Dr. Palotz sagt Einladung von Fachkraft zu.

Herr Schindelasch fragt nach, wie es mit der Verkehrssicherung aussieht, wenn die Emscher Genossenschaft noch vier Jahre bauen möchte?
Derzeit liegen große Schotterbrocken auf dem Weg, welche zu einer Verletzungsgefahr führen können.

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.

12.2. Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt - Rückbau Flüchtlingsunterkunft Weierstraße
Vorlage: A/17/4223-01

Herr Dobnik informiert, dass das Thema bereits im Umweltausschuss diskutiert wurde. Die Rückbaukosten seien laut Beigeordneten **Herrn Jehn** unbekannt. Aus diesem Grund wird ein Änderungsantrag gestellt, um aus diesem Antrag einen Prüfauftrag zu machen und die Kosten zu ermitteln.

Herr Brodrick fragt nach, wie es nach dem Rückbau weitergeht? Es gibt Gerüchte, dass das Grundstück bereits verkauft wurde. Wenn das Grundstück an die Stadt verkauft wird, wie ist dann das Verfahren? Bekommt Edeka den Zuspruch, oder wird ein Verfahren ernet, in dem der Höchstbietende möglicherweise das Grundstück bekommt? Gibt es dafür bestimmte Voraussetzungen?

Herr Dr. Palotz gibt an, dass Interesse an dem Grundstück besteht. Das Grundstück ist im Eigentum der SBO und noch nicht verkauft. Eine Einzelhandelsentwicklung wird gerade nicht gesehen. Eine Neuordnung des Einzelhandels Bereichs ist allerdings vorstellbar.
Herr Dr. Palotz sieht keinen Handlungsbedarf.

Herr Nakot bittet darum, dass die Kosten- und technische Prüfung doppelt durchgeführt wird.

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Dobnik, Mitglied der Fraktion Die Grünen fasst einen Änderungsantrag gemäß §4 (1) Ziffer 2 der Geschäftsordnung für den Rat. Dem Änderungsantrag stimmt BOB im Rat zu, mehrheitlich abgelehnt wird dieser von der Linke.Liste Fraktion, SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, FDP und AfD-Fraktion.

Der Stadtplanungs- und Mobilitätsausschuss fasst, gegen die Stimmen der Fraktion Die Grünen und BOB im Rat, folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Voraussetzungen zum Rückbau der Flüchtlingsunterkunft an der Weierstraße zu schaffen und im Anschluss umgehend den Rückbau zu vollziehen.

In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, für welche Zwecke die Fläche zukünftig genutzt werden kann, zum Beispiel auch im Rahmen der weiteren Entwicklung bzw. Erschließung der Gewerbeflächen Waldteich und Zeche Sterkrade.

**13. Antrag der SPD-Fraktion und der FDP im Rat gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: ÖPNV Anbindung Stadion Niederrhein
Vorlage: A/17/4208-01**

Herr Hoff gibt an, dass es damals Pendelverkehr geben sollte, derzeit gibt es diesen nicht mehr. Es gibt in keiner größeren Stadt den Fall, dass das Stadion keine ÖPNV-Anbindung hat. Daher ist kein Prüf-, sondern Durchführungsauftrag notwendig.

Frau Mauksch betont, dass es nicht an der Angebots-, sondern an der Nachfrageorientierten Planung liege. Es ist zu bedenken, ob dies wirtschaftlich für die STOAG ist.

Herr Sander erklärt, dass sich die STOAG umfassend mit dem Thema beschäftigt, die Anwohner/innen angeschrieben wurden, um herauszubekommen, um wie viele Personen es sich ungefähr handelt und zu welchen Zeiten welcher Minutentakt sinngemäß wäre.

Herr Sander berichtet von einer Kosteneinschätzung 350 Euro je Nutzer. Er sagt zu, die Anwohner/innen noch einmal zu befragen.

Herr Hoff hat diese Problematik zu 80% erwartet. Er möchte den Antrag aus diesem Grund als Handlungsauftrag durchführen lassen.

Herr Sander erklärt, dass die STOAG nicht gesetzlich dazu verpflichtet ist. Er betont, dass an die Wirtschaftlichkeit zu denken ist. Bei begrenzten Finanzmitteln muss ermittelt werden, mit wie viel Investitionsvolumen welches Potenzial bei Fahrgästen erzielt werden soll. Man solle ebenfalls an die Mobilität und das Klima denken.

Der Ausschuss berät die Drucksache A/17/4208-01 bei Enthaltung von BOB im Rat und gegen die Stimme der AfD-Fraktion mehrheitlich zustimmend vor.

Stadt Oberhausen	23.11.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
24. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Ende der Sitzung: 17:49 Uhr



Vorsitzender, Frank Bandel



Schriftführerin, Sophia Jagusch